



Dringend notwendige Hilfe – Koalition reagiert im Nachtragshaushalt

Berlin, 14. November 2022. Die Koalition im Abgeordnetenhaus hat den Berliner Krankenhäusern dringend benötigte Hilfe gegeben: 50 Millionen Euro zur Abfederung der stark steigenden Baukosten werden den Kliniken finanzielle Spielräume verschaffen, welche zur wirtschaftlichen Sicherung der Betriebe unbedingt erforderlich sind.

„Die Koalition im Abgeordnetenhaus hat bei der heutigen Plenarsitzung zum Nachtrag für den Doppelhaushalt 2022/2023 zusätzliche 50 Millionen Euro für Krankenhäuser (inklusive Charité) beschlossen. Mit dem Geld sollen Baukostensteigerungen abgedeckt und damit finanzielle Spielräume verschafft werden. Von den Mitteln, welche anteilig der Investitionskostenpauschalen zugerechnet werden sollen, sollen Krankenhäuser zügig nach Verabschiedung des Haushalts-Nachtragsgesetzes profitieren können.

Damit hat das Abgeordnetenhaus, wie schon bei den Beratungen zum ursprünglichen Doppelhaushalt, die völlig unzureichenden Vorschläge des Senats deutlich korrigieren müssen. Die Koalition reagiert damit auf die Forderungen der Berliner Krankenhausgesellschaft und gibt das wichtige politische Signal, dass Krankenhäuser trägerübergreifend unterstützt werden.

Die Hilfe kommt in höchster Not: Krankenhäuser müssen aktuell gleich mehrere Krisen stemmen. Leistungs- und damit erlösmindernden Fachkräftemangel, die Belastungen durch die Covid-Pandemie, nachteilige Gesetzgebung auf Bundesebene mit teils erheblichen Absenkungen des Fallpauschalenkatalogs und allem voran die Inflation der Sachkosten und die Preisexplosion der Energiekosten. Die Unterfinanzierung der Betriebskosten im Krankenhaus nimmt immer drastischere Züge an. Sie wird, wenn der Bund nicht unmittelbar seine Gesetzgebung anpasst, zwingend zu Krankenhausinsolvenzen und zur Gefährdung der Versorgung führen. Bislang gibt es auf Bundesebene lediglich die nackte Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, acht Milliarden Euro als Härtefallfonds für Kliniken aufzulegen, die wegen Energiekosten Not leiden. Der Bund muss jetzt erst noch liefern“, reagiert Marc Schreiner, Geschäftsführer der Berliner Krankenhausgesellschaft.

„Da ist es notwendig und willkommen, dass wenigstens das Land Berlin im Rahmen seiner Zuständigkeit Verantwortung übernimmt und die Kliniken mit 50 Millionen Euro stützt. Die Hilfe des Landes Berlin braucht es aber auch weiterhin: Die Bundesregierung muss jetzt dazu gebracht werden, nun auch die strukturellen Hilfen zur Refinanzierung der stark steigenden Betriebskosten zu geben. Das liegt auch im ureigenen Interesse der Bundesländer“, so Schreiner abschließend.

Kontakt für Journalisten:

Barbara Ogrinz

Pressesprecherin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Berliner Krankenhausgesellschaft e. V.

Hallerstraße 6

10587 Berlin


Telefon: 030 330 996-16, mobil: 0151 21229701

E-Mail: ogrinz@bkgev.de

www.bkgev.de

www.pflegejetztberlin.de

www.klinikoffensive.de

 [Twittern Sie mit uns!](#)

Die Berliner Krankenhausgesellschaft e. V. ist die Vereinigung der Träger von Krankenhäusern und stationärer Pflegeeinrichtungen sowie ihrer Spitzenverbände im Land Berlin. In der Pluralität von öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhausträgern sind 61 Krankenhäuser und 46 stationären Pflegeeinrichtungen in der Berliner Krankenhausgesellschaft verbunden. Die Krankenhäuser in Berlin versorgen jährlich 880.000 Patientinnen und Patienten stationär und rund 1,2 Millionen ambulante Akutfälle. Sie sind zudem ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und bedeutender Arbeitgeber: über 55.000 Mitarbeitende sind direkt in Krankenhäusern beschäftigt, davon über 10.000 Ärzte/-innen sowie über 18.000 im Pflegedienst sowie rund 24.000 in weiteren Tätigkeitsbereichen. Darüber hinaus werden über 3.000 hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet. Viele weitere Arbeitsplätze in zuliefernden Betrieben und bei Dienstleistern sind zusätzlich an den Krankensektor gebunden. Mit einem Jahresumsatz von fast 5 Milliarden Euro und außerordentlichen Wertschöpfungseffekten sind die Kliniken im Land Berlin ein bedeutender Standortfaktor für die Stadt.